

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2006



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin

liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno
Blissenbach, Jan Valentin
Deichsel, Maren Jasper,
Volker Jürgensen, Kurt M.
Lehner, Markus Löning,
Peter Lundkowski, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz,
Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Oliver Knipping, Franziska
Löke, Volker Thiel, Ingo
Wolf, Daniela Zehentner

Leserbriefe

Anno Blissenbach,
Christopher Gohl, Heinz-
Jürgen Schmidt

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2006

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

Besinnlichkeit, Herzensoffenheit, Liebe: Edlem menschlichem Sehnen entsprechen die Eigenschaften, welche man der Vorweihnachtszeit zuschreibt, und auch unsere Partei wird unübersehbar von ihnen berührt. Nicht zuletzt, aber beileibe nicht nur bei zufälligen Begegnungen im Saunabereich von Wellness-Tempeln finden die Berliner Liberalen dieser Tage zu einander. Bezirksverbände, in welchen über das Jahr Personalfragen auch mit Bitterkeit diskutiert worden waren, versammeln sich zur Wiederentdeckung des Gemeinsamen. Versöhnungs- und Verbrüderungstermine dominieren die Tagesordnung. Für jeden Besucher unüberfühlbar ist die entspannte Stimmung, welche gar unzählige Weihnachtsfeiern unserer Gliedverbände durchzieht.

Hoffen wir, dass dieser Geist der Vorweihnachtszeit in den kommenden Wochen und Monaten den gesamten Landesverband erfasst, und dass er uns auch durch die anstehenden Personalentscheidungen auf den Jahreshauptversammlungen Anfang kommenden Jahres tragen möge. Ist es doch so, dass die Bürgerinnen und Bürger von Berlin dringender denn je eine FDP brauchen, welche ihre Aufgabe als liberaler Avantgarde mit innerer Geschlossenheit und guter Aufstellung optimal erfüllt. Unserem Alleinstellungsmerkmal aufrichtiger und hochwertiger politischer Programmarbeit sollten wir einen entsprechenden Anspruch im Stil des Umgangs miteinander und in der Auswahl unseres Führungs- und Repräsentationspersonals hinzufügen.

Wir im Bezirksverband Mitte verfügen bei alledem über eine gesunde Basis – und stellen an uns selbst seit jeher den Anspruch, Beispiel und Vorbild sein zu wollen.

In diesem Sinne sei Ihnen allen eine erholsame und anregende Weihnachtszeit sowie ein schöner und erfolgreicher Start in das neue Jahr gewünscht.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Du musst die Veränderung sein,
die Du sehen willst in der Welt.**

Mahatma Gandhi

Lagebericht des Vorsitzenden

Schwung nehmen für das neue Jahr

von *Henner Schmidt*

Liebe Leserinnen und Leser, alle reden von den großen Potenzialen Berlins – aber die präsentierten Zukunftsvisionen dafür sind arg dünn und schwammig.



Im Koalitionsvertrag des neuen Senats werden ausgerechnet die Themen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaftsentwicklung nur durch nichtssagende Worthülsen abgedeckt – also gerade diejenigen Gebiete, von denen doch alle behaupten, dass sie die wesentlichen Faktoren für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt seien. Stattdessen werden Themen, die die Betreuung sozialer Probleme und die Umverteilung der wenigen verfügbaren Ressourcen betreffen, besonders detailliert ausgeführt.

Der neue Senat hat damit bereits jetzt die Hoffnung auf eine positive Entwicklung der Stadt aufgegeben. Er geht davon aus, dass die Wirtschaftleistung pro Kopf weiterhin unter der von Warschau bleibt, dass die fast 20% Arbeitslosigkeit auf Dauer Bestand haben werden und dass soziale Probleme und Haushaltskrise nicht zu lösen sind. Das ist eine Politik, die Berlin und seine Menschen aufgibt, anstatt die Probleme mutig anzupacken.

Berlin ist aber eine europäische Metropole mit großer Ausstrahlung und hohem kreativen Potenzial und braucht deshalb konkrete Perspektiven. Die kritische Lage der Stadt bietet die Chance, endlich auch große Schritte zu wagen und in eine neue und aufregende Zukunft zu springen.

Die Meinungsbildner der Stadt sind jedoch auffällig wolkig in ihren Äußerungen. Zwar werden ständig die neuen Potenziale beschworen, aber fast nie mit konkreten Schritten und Maßnahmen hinterlegt. Viele etablierte Diskussionsrunden (die sich selbst lieber Netzwerke nennen), wiederkäuen letztendlich immer wieder dieselben Thesen, ohne Schritte zur Veränderung der Lage einzuleiten oder auch nur anzustoßen.

Das liegt wohl auch an der Zusammensetzung der öffentlich sichtbaren Meinungsbildner: Ehemalige Senatsmitglieder, in der Westberliner

Subventionszeit grau gewordene Journalisten und vor allem viele Verbandsfunktionäre. Kein Wunder, dass dabei zu wenig herauskommt. Insbesondere die oft nur in ihrem geschlossenen Biotop lebenden Verbandsvertreter sind häufig fern der Lebenswirklichkeit unserer Stadt.

Auch die FDP beachtet zu sehr dieses Milieu der professionell Vernetzten. Besser wäre es, auf die Leistungsbereiten und Leistungsträger dieser Stadt unmittelbar zuzugehen – und diese findet man meistens nicht in Verbandsvorständen und Redaktionen. Diese Menschen, die „neuen urbanen Milieus“, haben oft auch wenig mit dem Begriff des „Bürgerlichen“ am Hut, so sehr unsere Bundespartei und Traditionalisten im Landesverband auch diesen Begriff pflegen möchten.

Wir müssen als FDP mit den Menschen gemeinsam ihre unmittelbare Umgebung gestalten, und wir müssen gleichzeitig schlüssig und konkret aufzeigen, wie wir die Freisetzung kreativer Potenziale in Kultur und Wissenschaft fördern und wie wir Wirtschaftsentwicklung betreiben wollen. Auch müssen wir beweisen, dass wir die Verwaltung unserer Stadt so umgestalten, dass nicht die Zentralisierungsfantasien von Verbandsfunktionären verwirklicht werden, sondern Raum geschaffen wird für dezentrales, bürgerschaftliches Engagement.

Wir müssen als FDP kreativer und bunter werden und uns als Ideengeber positionieren. Dafür sollten wir auch unserer eigenen Partei Dampf machen und sie noch aktiver, beweglicher und weniger selbstbezogen machen.

Wir können gerade in Mitte, das sehr heterogen ist und sich ständig wandelt, neue politische Ansätze ausprobieren – jede und jeder im eigenen Umfeld.

Ich wünsche uns allen, dass wir uns für das neue Jahr vornehmen, aktiv in die Stadt hinein zu wirken. Wir können so viel mehr erreichen, als die meisten glauben. Nutzen Sie die Weihnachtsfeiertage zur Erholung und vielleicht auch dazu, in aller Ruhe neue Gedanken und Ansätze für sich und Ihre Umgebung zu entwickeln.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Beginn des Neuen Jahres und freue mich auf Ihre Initiativen, wenn Sie gut erholt aus den Weihnachtsferien zurückkehren.

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Die Mont Pelerin Society tagte in Guatemala – der Bezirk Mitte war dabei

von *Oliver Knipping*

Zweiter Weltkrieg über den Dächern von Cambridge. Der spätere Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, in diesen Jahren noch junger Professor der Ökonomie an der während der Kriegsjahre nach Cambridge verlegten London School of Economics, hielt nächtliche Brandwache. Nach potentiellen Brandherden ausschauend, sinnierte er über den Platz, den die Freiheit in der Nachkriegswelt haben würde.

John Blundell vom Londoner Institute of Economic Affairs, bringt Hayek's Befürchtungen auf den Punkt: "Wie im Kriege, so im Frieden". Die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Kriegsjahre auf die Menschen bringen diese dazu, verstärkt nach dem Staat zu rufen, um ihnen einen Ausweg aus der Krise zu weisen. Letztendlich führt das dazu, dass die Regierungen alles besitzen, planen und kontrollieren. 1944 war es dann soweit – Hayek's Klassiker, der "Weg in die Knechtschaft" rechnete ab mit der zentralen Verwaltungswirtschaft, die unweigerlich im Totalitarismus endet.

Um dem Weg in die Knechtschaft und seinen geistigen Vertretern mit freiheitlichen Ideen zu begegnen, lud Friedrich August von Hayek 1947 36 klassisch-liberale Ökonomen, Philosophen und Historiker zu einer Konferenz in die Schweiz ein, um über den Staat und das mögliche Schicksal des Liberalismus zu diskutieren. Am 10. April 1947 schließlich formulierten die Gründungsmitglieder der nach dem Ort des Treffens "Mont Pelerin Society" (MPS) getauften Gesellschaft ein "Statement of aims" (nachzulesen unter www.montpelerin.org), das bis heute nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Unter den Gründern finden sich Karl Popper, Ludwig von Mises, Milton Friedman, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, sowie George Joseph Stigler. Ihr vorrangiges Ziel war es, die Prinzi-

pien einer freiheitlichen Gesellschaft zu stärken. Ludwig Erhard war eines der wohl einflussreichsten deutschen Mitglieder der Gesellschaft, die insgesamt acht Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften zu ihren Mitgliedern zählte oder immer noch zählt.

Die diesjährige Konferenz vom 05.-10. November 2006 widmete sich den "Herausforderungen des Liberalismus im 21. Jahrhundert" – zwar nicht vor der Schweizer Bergkulisse, stattdessen unter der Bergwelt und den Vulkanen von Guatemala City an der vollständig privat finanzierten "Universidad Francisco Marroquín", die von einem Mitglied der MPS gegründet wurde.

Zwei langjährige Mitglieder des Ortsverbandes Oranienburger Tor, Sascha Tamm und Oliver Knipping, waren gemeinsam mit Wolfgang Müller als Vertreter des Institutes für Unternehmerische Freiheit bei der Mont Pelerin Society zu Gast. Es ging in den Debatten der fünftägigen

Konferenz um ein breites Spektrum von Themen – von den zunehmenden Einschränkungen der Redefreiheit im Geist der „Political Correctness“ bis hin zu Fragen des Freihandels und des in vielen Ländern wieder zunehmenden Staatsinterventionismus in der Wirtschaft. Besonders wichtig war es für viele Teilnehmer, internationale Kontakte zu knüpfen, um die Kräfte der Freiheit in gemeinsamen Projekten zu bündeln.

Das als gemeinnützig anerkannte Institut für Unternehmerische Freiheit (IUF) mit Sitz in Berlin ist der deutsche Think Tank für freie Marktwirtschaft, der den Idealen der Mont Pelerin Society verpflichtet ist. Grundprinzip ist dabei, dass sich das IUF jeglicher staatlicher Unterstützung und Finanzierung verwehrt, und stattdessen auf Menschen setzt, die der Freiheit in Deutschland wieder eine kompromisslose Stimme verleihen wollen.

Oliver Knipping PhD (OV OT) ist Vorsitzender des Instituts für Unternehmerische Freiheit IUF, www.iuf-berlin.org. Auf der Webseite können Sie mehr erfahren und auch den wöchentlichen Newsletter des IUF abonnieren.



Gastkommentar

Der Politikwechsel ist eine reale Option

von Ingo Wolf

Die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der Bundesrepublik braucht positive Impulse – die nordrhein-westfälische Landesregierung zeigt, wie es geht. Angesichts der positiven Entwicklung von Konjunktur und Steuereinnahmen besteht die Gefahr, dass notwendige Reformen in unserem Lande ausbleiben. Dennoch bestimmen Unentschlossenheit, Zauderei und Handlungsunfähigkeit die Politik der großen Koalition. Das ist schlecht für unser Land, schlecht für die Wirtschaft und damit schlecht für die Menschen, die Arbeit suchen.

Zu hohe Steuern, zu hohe Abgaben und zu viel Staatsbürokratie verursachen anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit und schrecken alle ab, die hier etwas unternehmen und erwirtschaften wollen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent ist Gift für unsere Konjunktur und gefährdet Arbeitsplätze. Statt die Systeme demografiefester auszugestalten und die Lohnnebenkosten zu senken, steigern Union und SPD die Lohnnebenkosten zum 1.1.2007, belasten damit direkt die Wirtschaft und gefährden nochmals Arbeitsplätze in Deutschland.

Die Große Koalition schafft es nicht, die großen und wichtigen Reformen wie die der Einkommensteuer, der Renten- oder Pflegeversicherung für unser Land voranzutreiben. Durch die Gesundheitsreform wird nichts für die Patienten besser, sondern nur teurer. Und der Bürokratieabbau kann nicht vorangehen, wenn man einen bürokratischen Normenkontrollrat einrichtet und mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz weit über die Vorgaben der EU-Richtlinie hinausgeht.

Was der Bundesregierung fehlt, hat Nordrhein-Westfalen; wir haben uns in der Koalition aus CDU und FDP auf drei grundlegende Ordnungsprinzipien verständigt: Privat vor Staat – Freiheit vor Gleichheit – Erarbeiten vor Verteilen.

Wir machen Nordrhein-Westfalen zu einem Land der neuen Chancen: mit mehr und besserer Sprachförderung und Bildungsangeboten bereits im Kindergarten, mit 1.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern pro Jahr, mit einer verlässlichen Hochschulfinanzierung, mit dem freiesten Hochschulrecht Deutschlands und mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt.

Wir verbessern in NRW mit „Mittelstandspaketen“ systematisch die wirtschaftlichen Rahmen-



bedingungen der Kleinen und Mittelständischen Unternehmen, zum Beispiel mit einer flächendeckenden Gründungsberatung oder mit der Stärkung der Vertragsfreiheit durch die Abschaffung des Tariftreuegesetzes NRW. Deshalb haben wir den Kommunen neue Möglichkeiten gegeben, nach denen Städte und Gemeinden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Unternehmen aus der Region stärker berücksichtigen können. Und deshalb haben wir Genehmigungs- und Planungsverfahren beschleunigt.

Grundlage aller unserer Anstrengungen sind die klaren Vereinbarungen unseres gemeinsamen Koalitionsvertrages, in dem wir uns zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft bekennen. Arbeitsplätze entstehen nicht beim Staat, sondern in den Unternehmen. Aber dazu benötigen wir mehr wirtschaftliche Freiheit als bisher.

Deshalb machen wir Schluss mit dem Bürokratiewahnsinn von Rot-Grün und setzen EU- und Bundesrecht nur noch eins zu eins um. Im Interesse unserer Wirtschaft reduzieren wir bürokratische Hürden etwa in den Bereichen Umweltschutz, Baurecht und Bauordnungsrecht, Steuern und Abgaben, Arbeit und Unternehmens- bzw. Existenzgründungen.

Das alles hatten wir vor der Wahl im Programm der FDP angekündigt, im Koalitionsvertrag vereinbart und dann auf den Weg gebracht. Kurzum: Wir halten, was wir versprechen und wir setzen das um, wovon wir reden. Das unterscheidet uns maßgeblich von der Stillstandskoalition in Berlin. Nach 10 Jahren Rot-Grün wird Nordrhein-Westfalen jetzt besser regiert. Einen solchen Politikwechsel sollten wir uns auch für Deutschland vornehmen.

Dr. Ingo Wolf ist der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Zum Thema

Was ist sozial – was ist gerecht?

Über den Unterschied zwischen sozialer Absicherung und Privatversicherung

von *Franziska Löke*

In der letzten Woche haben sich viele Menschen, die den Bundesparteitag der CDU verfolgt haben, die Frage gestellt: „Was ist sozial und was ist gerecht?“. Meint die CDU mit „gerecht“ das, was ihr Koalitionspartner unter „sozial“ versteht? Den Koalitionspartnern fallen die Abgrenzungen immer schwerer, wie nicht zu letzt durch den „Rüttgers-Antrag“ deutlich wurde. Was grundlegend auffällt, das ist jedoch wieder einmal die Vermengung zweier Systemprinzipien: Einerseits das Konzept der sozialen Absicherung und andererseits das Konzept der Privatversicherung.



Die Privatversicherung beruht auf der unternehmerisch motivierten Übernahme von Risiken gegen Entgelt. Sie basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit seitens der Versicherungsnehmer wie auch der Versicherer, einer kapitalgedeckten Finanzierung sowie auf einem die Produktvielfalt begünstigenden Wettbewerb der verschiedenen Anbieter. Eine der Grundlagen ihrer Kalkulation ist die genaue Kenntnis des versicherten Risikos. Ihr gegenüber steht eine umlagefinanzierte, in ihren Beiträgen an die Löhne gekoppelte Sozialversicherung, die grundsätzlich als Pflichtversicherung ausgestaltet ist.

Im politischen Umgang mit beiden Systemprinzipien, die fundamentale Säulen einer ausgewogenen Finanzvorsorge bilden (sollten), wird immer häufiger undifferenziert verfahren.

So ist es vor dem Hintergrund der Einordnung der Arbeitslosenversicherung als reine Risikoversicherung systemfremd, einen langjährigen Beitragszahler unter dem moralisierenden Vorzeichen der Gerechtigkeit anders zu behandeln als einen erst kurz beitragspflichtigen Menschen. Denn die Arbeitslosenversicherung ist kein Sparkonto. Die Beiträge werden jeweils in dem Jahr zu Unterstützung der Arbeitslosen verbraucht, in dem sie eingezahlt werden. Altersrückstellungen werden hier nicht gebildet.

Ebenso stellt sich die Frage, ob es ehrlich ist, das gesunde und demographisch gesicherte System

der privaten Krankenversicherung mit Basistarifen sowie einem Kontrahierungszwang zu drangsalieren und sauber aufgebaute, die Demographie berücksichtigende Altersrückstellungen auszutrocknen.

Die Tendenz der EU-Institutionen, Pflichtversicherungen im Bereich der privaten Versicherungswirtschaft zu erzwingen, widerspricht dem Grundsatz der Freiwilligkeit seitens der Versicherungsnehmer und der Versicherer und damit einem Kern der Individualversicherung.

In eine ähnliche Richtung geht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das auch private Versicherungsverträge erfasst. Es soll Gleichbehandlung beim Zugang zu Versicherungsschutz sichern und greift hierbei nicht nur in die unternehmerische Handlungsfreiheit der Versicherer ein, sondern auch in eines der Kernelemente der privaten Versicherung, die möglichst präzise Prognose über die Höhe des versicherten Risikos, welche durch die so genannte Risikoprüfung erlangt wird. Ihm steht das Prinzip der nicht differenzierenden Gleichsetzung von unterschiedlicher Risikoprofilen in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung gegenüber. Gerade die risikogerechte Kalkulation in der privaten Lebens-, Berufsunfähigkeits- und Unfallversicherung sichert jedoch die langfristige Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge. Eine nachträgliche Beitragserhöhung oder Anpassung durch höhere Bundeszuschüsse wie in der Sozialversicherung soll und kann hier nicht zum Zuge kommen.

All diesen Tendenzen ist gemeinsam, dass sie jeweils Prinzipien des einen Systems auf das andere übertragen. Der Hintergrund ist unverkennbar: Die private Versicherung soll immer stärker soziale Ausgleichsfunktionen von dem an seine Grenzen stoßenden, umlagefinanzierten Sozialversicherungssystem übernehmen. Um dieser großen Verantwortung gerecht werden zu können, ist es jedoch um so wichtiger, systemgerechte Reformen und Regulierungen zu treffen. Wer aus der privaten Versicherung eine Sozialversicherung machen will, verfehlt das Reformziel. Denn nur systemgerechte Reformen führen zu volkswirtschaftlich sinnvollen Ergebnissen – Ziele der Sozialpolitik soll man unabhängig davon mit individuellen Sozialleistungen erreichen.

Nur systemgerechte Reformen führen zu gerechten Verteilungen, und nur solche wiederum können sozial sein.

Franziska Löke ist Schatzmeisterin des OV Gendarmenmarkt

Aus dem Abgeordnetenhaus

Angeschlagen in die neue Legislatur

von *Volker Thiel*

Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters offenbarte zwei strukturelle Schwachpunkte: 1. die Mehrheit ist der Koalition nicht sicher und 2. der Präsident des AGH.



Präsident Momper hat wohl sein Unterbewusstes einen Streich gespielt: - da er nur Wowereit zum Regierenden proklamieren wollte, tat er es auch. Diese parteiische Verankerung haben andere Mitglieder des Abgeordnetenhauses in der vergangenen Legislatur auf unterschiedliche Art und Weise zu spüren bekommen. Momper's Popularität in- und außerhalb Berlins ist anerkannt, seine innere Souveränität im Parlament nicht gegeben. Damit fehlt ihm eine Grundvoraussetzung für das Amt des Präsidenten.

Obwohl eine wahrscheinliche Stimmenabsprache der Koalition den Start gründlich vermässelt hat, sollte man sich nicht täuschen: der neue Senat ist mehrheitlich staatsgläubiger, lenkungs-beseelter, kurz sozialistischer. Die Staatslenker um Wowereit, Junge-Reyer, Wolf und Knaake-Werner wurde durch die Parteisoldaten von der Aue und Lompscher verstärkt. Pragmatischere Politiker wie Finanzsenator Sarrazin, Körting und der mit vielen Vorschußlorbeeren begrüßte neue Senator Zöllner stellen die Minderheit.

Das in einer Zeit, in der Berlin vor seinen größten Herausforderungen seit Jahrzehnten steht: Das Karlsruher Urteil verlangt eine konsequente Spar- und Vermögensaktivierungspolitik, die keinen Politikbereich ausnimmt. Statt wie im Koalitionsvertrag zugesichert alle Landesbetriebe erhalten zu wollen, muss endlich eine Politik für mehr Wettbewerb und Privatisierung eingeleitet werden. Die Standortvorteile Berlins sind zu entwickeln und vermarkten, die unterfinanzierte Opernstiftung gehört auf dem Prüfstand. Aber vor allem muss endlich eine Wirtschaftspolitik her, die offensive Ansiedlungen betreibt und nicht nur vom Bilden von Netzwerken palavert.

Wir werden mit liberalem Elan diese Melange aus Sozialdemokraten und Sozialisten vor uns her treiben, solange, bis sie sauer wird!

Volker Thiel MdA (BV Treptow-Köpenick)

Aus der Landespartei

Habemus Geschäftsführer

von *Tim Stuchtey*

Eine Personalanlagelegenheit hat die Partei in den vergangenen Wochen schwer beschäftigt, die eigentlich außerhalb des ursprünglichen politischen Geschäfts liegen sollte. Die Trennung von unserem bisherigen Landesgeschäftsführer hat es für den Landesvorstand nötig gemacht, diese Position neu zu besetzen.



Mittlerweile steigt weißer Rauch aus den Räumen der Landesgeschäftsstelle auf. Mit einem sehr transparenten und offenen Verfahren, bei dem zunächst für die Stelle das Anforderungsprofil festgelegt wurde und dann eine bundesweite Ausschreibung erfolgte, konnte bei insgesamt 15 Bewerbern Interesse geweckt werden. Zur Sicherung des Vertrauensschutzes wurde die Bewerberlage durch den Landesvorsitzenden und die Schatzmeisterin gesichtet und eine Auswahl einer Kommission bestehend aus den vorgenannten, den Stellvertretern sowie zweier Beisitzer vorgelegt. Drei Bewerber wurden zum Vorstellungsgespräch geladen und letztlich hat sich diese Kommission einmütig auf eine Bewerberin geeinigt. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden billigte der Landesvorstand auf seiner letzten Sitzung diese Auswahl einstimmig bei einer Enthaltung.

Ein Vertragsabschluss vorausgesetzt, werden wir daher ab Januar Sybille Meister als neue Landesgeschäftsführerin begrüßen können, die als Bewerberin erfolgreich an dem oben beschriebenen Wettbewerb als Entdeckungsverfahren um den besten Bewerber unter den gegebenen Rahmenbedingungen teilgenommen hat.

Neben dieser sicherlich wichtigen Personalie hat der Landesvorstand festgelegt, dass der kommende Landesparteitag einem Schwerpunkt zum Thema Soziales, Perspektiven für mehr Lebensqualität in Berlin haben soll. Er dient damit auch als Vorbereitung für den Bundesparteitag. Zugleich wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Strategien für die Verbreiterung unserer Wählerbasis entwickelt, deren erste Ideen im kommenden Jahr die Diskussion innerhalb der Partei beleben soll. Bis dahin genießen Sie aber die zahlreichen Weihnachtsfeiern.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Bürgerdeputierte von der BVV bestätigt

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Debasish Bhaduri und Joseph Laudien wurden von der BVV als Bürgerdeputierte der FDP offiziell bestätigt. Debu wird die Fraktion im Fachausschuss für Stadtentwicklung, Joseph im FA Schule unterstützen. Dr. Udo Blaukat wird der Fraktion mit seiner Fachkompetenz in Fragen der Finanzen und Stadtentwicklung zur Seite stehen. Darüber hinaus strebt die BVV Fraktion eine breite Zusammenarbeit mit allen interessierten Mitgliedern unseres Bezirksverbandes an. Bereits jetzt können sich die Parteifreunde, die an den Sitzungen der Fachausschüsse teilnehmen möchten an Frau Grafe wenden und den Sitzungskalender anfordern.

Ferner hat die Fraktion beschlossen, dass an der zweiten Fraktionssitzung im Monat, die in der Regel am dritten Montag stattfindet, Vertreter der Ortsverbände teilnehmen sollen. Daher appellieren wir an dieser Stelle an die Vorstände aller OV's, ihre Vertreter für die Fraktionssitzungen zu benennen.

Bebauungskonzept für das Schultheiss-Quartier in Moabit umstritten – Dorothee Dubrau wirft ihren Schatten über die eigentliche Amtszeit hinaus. Am 24. Oktober hat das Bezirksamt die Aufstellung des Bebauungsplans 1-43VE beschlossen. Dem Plan liegt ein umstrittenes Konzept zugrunde, das den Abriss von großen Teilen des denkmalgeschütztes Komplexes der Schultheiss-Brauerei zufolge hätte. Entstehen soll ein Einkaufszentrum mit ca. 20 000 qm Verkaufsfläche. Grundsätzlich begrüßt die FDP Baumaßnahmen in der in Verruf geratenen Turmstraße. Die Entscheidung des Bezirksamtes stellt jedoch einen eklatanten Verstoß gegen den Beschluß der BVV vom Anfang dieses Jahres dar. Damals wurde der Antrag der FDP und SPD zur Erstellung eines gemeinsamen städtebaulichen Konzeptes für drei Standorte- Schultheiss-Gelände, Paech-Brot-Areal und Karstadt mit großer Mehrheit verabschiedet. Das Bezirksamt wurde beauftragt, mit allen potenziellen Investoren zu reden und diese an einen Tisch zu bringen, um in Zukunft eine Konkurrenzsituation zu vermeiden, die unter Umständen alle drei Standorte gefährden könnte. Dieses Konzept soll entgegen der unseriösen Argumentation der Stadträte Dubrau (Grüne), Lamprecht (CDU) und des damaligen Bürgermeister Zeller (CDU)

kein „sozialistischer“ Eingriff in die marktwirtschaftliche Freiheit, sondern Ausdruck einer weitsichtigen Stadtentwicklungspolitik sein, die die Entstehung der in Berlin ohnehin so zahlreich vorhandenen Bauruinen verhindert. Der Aufstellungsbeschluss des BA trägt diesem Gedanken keine Rechnung. Die Realisierung des von Ba favorisierten Projektes würde nicht nur die Bebauung des Paech-Brot-Areals gefährden, sondern auch die Entwicklung auf dem Karstadt-Gelände in Frage stellen. Der umstrittene Bebauungsplan wurde in den Fachausschuss für Stadtentwicklung überwiesen. Die FDP bleibt bei ihrem Beschluss, die Bebauung aller drei Standorte zu fördern und die Auflagen des Denkmalschutzes auf dem Schultheiss-Gelände weitgehend zu beachten.

Evangelische Schule gesucht – Evangelische Stiftungsträger suchen in Berlin-Mitte nach einem geeigneten Schulgebäude. Geplant ist die Errichtung einer dreizügigen Gesamtschule. Die Fraktion der FDP begrüßt das Vorhaben und wird die Träger und Eltern selbstverständlich unterstützen. Ein erstes Gespräch zwischen der FDP und der zuständigen Stadträtin Dagmar Hänisch (SPD) konnte bereits stattfinden.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Gustav-Stresemann-Flughafen

Kurt M. Lehner für den Bezirksausschuss

Der in Bau befindliche Flughafen Berlin-Brandenburg International soll nach Gustav Stresemann benannt werden. Das hat der Bezirksausschuß Mitte in seiner letzten Sitzung des Jahres am 29. 11. beschlossen.

Gustav Stresemann war der erste deutsche Kanzler, dem später für sein Wirken für die Völkerverständigung der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Für Berlins neues "Tor zur Welt", den Flughafen Berlin-Brandenburg International, ist Gustav Stresemann laut Antragsbe-gründung als Namenspatron aufgrund seiner herausragenden Verdienste um Frieden, Völkerverständigung und die Einigung Europas erste

Wahl. Stresemann ist ein Symbol für vorbildliches staatsbürgerliches Engagement. Er hat sich für die erste deutsche Demokratie, vor allem im innenpolitischen Kampf gegen die Rechtsextremisten, buchstäblich totgearbeitet: Er verstarb 1929, erst 51 Jahre alt, im Amt des Reichsaußenministers an einem Schlaganfall – sinnigerweise am 3. Oktober, der später zum Tag der deutschen Einheit werden sollte. Zudem ist für den gebürtigen Berliner Gustav Stresemann zeit seines Lebens Berlin stets Lebensmittelpunkt, Heimat und als deutsche Hauptstadt auch Arbeitsort gewesen. Auch sein Sohn Wolfgang Stresemann hat als langjähriger Intendant der Berliner Philharmoniker wesentlich zum internationalen Ansehen der Stadt Berlin beigetragen.

Außerdem beschloß der BA die Forderung, einen öffentlichen Rede- und Diskussionsplatz in Reichtagsnähe nach dem Vorbild der Speakers-Corner am Londoner Hyde-Park einzurichten. Und ganz aktuell wurde beantragt, die FDP-Abgeordnetenhausfraktion in ihrer Forderung nach dem Rücktritt des AH-Präsidenten Momper zu unterstützen. Momper hatte bei der Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin im ersten Wahlgang nicht erkannt, daß Wowereit keine ausreichende Mehrheit erhalten hatte.

Berichte aus dem Abgeordnetenhaus, dem Bezirksvorstand, der Bezirksverordnetenversammlung und dem Landesausschuß von Henner Schmidt, Peter Lundkowski und Erwin Loßmann gaben den Delegierten Einblick in die Arbeit der entsprechenden Gremien und gaben weitere Themen für die Aussprache auf dem Bezirksausschuß.

Weihnachten im Wedding

Volker Jürgensen vom OV Wedding

Der neue Stammtisch „10“ des Ortsverbandes Wedding hat sich zur Premiere am 10.11. guter Resonanz erfreut. Der im „Deichgraf“ reservierte große Tisch war – trotz parallel laufender anderer Veranstaltungen – komplett besetzt. Am 10. (wann auch sonst?) Dezember steht nun die Weihnachtsfeier an. Der Ortsvorstand lädt wie immer alle Parteifreunde und Freunde der Partei ein, bei gutem Essen zu diskutieren und zu schnacken. Es wird übrigens gewickelt und daher um Mitbringen eines kleinen Geschenks gebeten. Die Ortsvorsitzende würde sich auch freuen, wenn Gedichte aufgesagt werden. Es wird aber niemand dazu gezwungen...

Verbesserte Pressearbeit

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Der Ortsverband Gendarmenmarkt hat auf seiner letzten Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit einen Antrag zur Optimierung der Pressearbeit in der Landespartei beschlossen. Der Antrag soll auf dem nächsten Landesausschuß eingebracht werden. Auslöser der regen Antragsdiskussion waren Anmerkungen von Neumitglied und Journalist Ralf Gregor Lipus zur öffentlichen Wahrnehmung der FDP vor allem im vergangenen Wahlkampf. Der Ortsverband wird die landesweite Diskussion zu diesem Thema interessiert verfolgen.

Der Stammtisch, die zweite regelmäßige Veranstaltung des Ortsverbandes, drohte dagegen wiederholt einer parallel stattfindenden FDP-Veranstaltung weichen zu müssen. Nach dem vergangenen Landesausschuß forderte nunmehr der Bezirksausschuß des Bezirks seinen Tribut. Doch wurde das entschlossene Festhalten am gesetzten Termin belohnt: Viele Parteifreunde traten nach erfolgreicher Tagung des Ausschusses den Weg vom Rathaus Tiergarten in die historische Mitte an, um in großer Runde über Ortsverbandsgrenzen hinweg bei einem Glas Kölsch zusammenzukommen.

Neumitgliedertreff und vorweihnachtliches Glühen

Daniela Zebentner vom OV Wilhelmstadt

Der Zulauf an Neumitgliedern machte ein erneutes Neumitgliedertreffen am 10.11. erforderlich. Fast schon Tradition ist dabei die Reichstagsführung der besonderen Art, auch an Orte, die für den regulären Besucher nicht zugänglich sind. Nach 2 Stunden Einblick in die parlamentarischen Räumen und einer grandiosen Aussicht von der Kuppel, ging es zum Abendessen. Bei der Vorstellungsrunde zeigte sich die Vielfalt der Lebensbiografien. Viele dieser neuen Mitglieder waren dann auch auf der Weihnachtsfeier zum Brunchen am ersten Advent. Dabei fiel auf, dass jeder Ortsverband seinen eigenen Stil an Weihnachtsfeier hat. Während die einen sehr fein zum Gansessen einladen, die anderen eine Weihnachtsparty veranstalten, haben wir unseren Brunch, an dem die ganze Familie teilnehmen kann. Es zeigt sich, dass der Bezirk auch einen Strauss an Möglichkeiten und Bedürfnissen abdeckt, wie es für eine liberale Partei der Fall sein sollte. In diesem Sinne gesegnete Weihnachten.

Personalien

(au) Unsere erfolgreichen Spitzenkandidaten aus Mitte der Berlinwahl 2006 zum Abgeordnetenhaus, **Henner Schmidt** (Gendarmenmarkt), und zur BVV, **Peter Pawlowski** (Tiergarten), luden alle Wahlkampfshelfer exklusiv in das „Delicious Doughnuts“ – und spendierten die leckeren alkoholischen Getränke. So konnten gut drei Dutzend Parteifreundinnen und Parteifreunde in bester feuchtfröhlicher Feierlaune den – erfreulich kurzen – Festansprachen lauschen und dann die Überreichung eines – erfreulich großen – Blumenstraußes an unsere schon jetzt legendäre Wahlkampfleiterin **Natja Denk** (Wedding) verfolgen. Es folgte eine äußerst vergnügliche Party.

(au) In den Verhandlungen zur Zählgemeinschaft in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte nach der Berlinwahl im September hatte unsere liberale Verhandlungskommission auch zwei Bürgerdeputierte für die FDP herausgeschlagen, nun wurde es im Plenum der BVV bestätigt: **Debasish Bhaduri** (Tiergarten) und **Joseph Laudien** aus Wilhelmstadt werden die Fraktion im Fachausschuss für Stadtentwicklung bzw. im FA Schule unterstützen. Außerdem wird **Udo Blaukat** (Gendarmenmarkt) unserer Fraktion – aus dem Vorsitzenden **Peter Pawlowski** (Tiergarten), Stellvertreter **Peter Lundkowski** aus dem Wedding und **Frauke Sander** (OT) – mit seiner Fachkompetenz in Fragen der Finanzen und Stadtentwicklung zur Seite stehen.

(au) Eine Reise nach Israel ist nicht wie jede andere – dies gilt in vielfacher Hinsicht unter historischen Gesichtspunkten, aber auch die aktuelle politische Lage bewegt den Besucher. Aus unserer Mitte war **Thomas Menzel** (OT) schon im heißen Sommer in dem Land der Bibel, seine Weihnachtsreise führt ihn wiederum dorthin. Nicht unpassend: Beruflich ist Menzel in Mediation und Konfliktmanagement tätig.

(au) Der Erhalt des Flughafens Tempelhof ist ein wichtiger Bestandteil unserer liberalen Politik für Berlin. Derzeit sammelt die „Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof“ mit Unterstützung der FDP Unterschriften, um einen Bürgerentscheid über den Fortbestand von Tempelhof zu erwirken. Lobenswert engagiert im Thema ist aus unserem BV Mitte **Arno Schödl** (Wilhelmstadt), welcher nicht nur die Besucher der liberalen Weihnachtsfeiern mit der Möglichkeit einer politischen Meinungskundgabe per Namenszeichen erfreut, sondern zur Unterschriftensammlung auch öffentliche FDP-Informationenstände am Schiffbauerdamm organisiert.

(au) Als Vorsitzender der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Parlamentariergruppe hat unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB beim Symposium anlässlich 175 Jahre Londoner Vertrag und belgische Monarchie eine Rede zum bilateralen Verhältnis und zur Rolle Europas für Belgien und Deutschland gehalten. Mit Außenminister Steinmeier nahm er am Vorabend auf Einladung des Belgischen Königs an einem feierlichen Abendessen im königlichen Schloss teil.

(au) Die 482 Delegierten des 54. Weltkongresses der Liberalen Internationalen haben im marokkanischen Marakesch den Vorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung, **Wolfgang Gerhardt** MdB, im Amt des Vizepräsidenten der LI bestätigt. Der Weltkongress verabschiedete auch eine Resolution zum Thema der Veranstaltung, „Democracy and Development: A Liberal view“.

(au) Im BND-Untersuchungsausschuss des deutschen Bundestages wirkt aus liberalen Reihen neben **Max Stadler** MdB auch unser Berliner Parteifreund **Hellmut Königshaus** MdB für die Aufklärung rechtsstaatsfeindlicher Machenschaften der Regierungen Schröder/Fischer und Merkel/Müntefering. Der zunehmend grotesken Geheimhaltungsobsession der Bundesregierung und der Koalition, welche sogar Presseberichte und unbedrucktes Papier als „vertraulich“ oder gar „geheim“ klassifiziert, setzt Königshaus nicht nur sein treffliches Team entgegen. Nach einem Mehrheitsbeschluss im BND-Untersuchungsausschuss, dass Zeugen dieses Ausschusses derzeit nicht zum Thema „Kurnaz“ befragt werden dürften, fuhr er spontan nach Brüssel zu der Anhörung von Murat Kurnaz selbst vor dem TCIP-Ausschuss des Europäischen Parlamentes – und war dort der aktivste Fragesteller.

(bli) Zur Bundesdelegiertenkonferenz der im Jahr 2001 von **Heinrich Kolb** MdB gegründeten FDP-Vorfeldorganisation „Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand“ (BLM), die im Rahmen des Liberalen Mittelstandstages am 17./18. November in der Handwerkskammer Düsseldorf stattfand, konnte der unerschütterliche Sitzungspräsident **Detlef Fricke** (Charlottenburg-Wilmersdorf) den liberalen Innenminister von NRW, **Ingo Wolf**, zu einer Keynote-Rede begrüßen. Wolf, kurzfristig für den verhinderten Parteifreund und Stellvertretenden Ministerpräsidenten **Andreas Pinkwart** eingesprungen, überraschte und begeisterte das Publikum – darunter **Anno Blissenbach** (Wilhelmstadt) – mit einer äußerst überzeugenden Darstellung der Umsetzung von Erfolgsrezepten der 2005 gewählten Gelb-schwarzen Landesregierung.

Leserbriefe

Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)

Lieber Nils, informativ und interessant wie immer – besten Dank und schöne Grüße nach Berlin! Dein Loffer

Heinz-Jürgen Schmidt (BV Reinickendorf)

Lieber Herr Augustin, vielen Dank für die Gazette. Habe ich wieder mit großem Interesse gelesen. Nur eines und das mit Schmunzeln: Ich heiße **Heinz**-Jürgen Schmidt. Man hat ja so seinen Stolz. Viele Grüße, ... **J**

Anno Blissenbach (OV Wilhelmstadt)

Es ist legitim, dass ein Autor im “Kommentar aus Mitte” seine persönliche politische Meinung kundtut. Darauf hinzuweisen, wenn diese wie im Falle der kulturpolitischen Ausführungen von Philipp Ehmann (LC 11/06) im fundamentalen Gegensatz zur Parteilinie steht, ist angebracht: Einschnitte im angeblich “stark subventionierten Kultursektor” zu fordern, ist von vorgestern, konterkariert die FDP-Kulturleitlinien sowie die bevorstehende FDP-Kulturkampagne. Längst hat die FDP Kultur als investive Staatsaufgabe erkannt. Zu Recht fordert Philipp Ehmann ein Standortkonzept, damit mehr Unternehmen nach Berlin kommen. Bei Schließung von zwei Opern würden Unternehmen jedoch aus Berlin abwandern und neue nicht kommen. Kultur als Standortvorteil Berlins braucht nicht weniger sondern mehr Investitionen.

Schlusswort

Rauchverbot in Gaststätten ?

von Volker Jürgensen

Ich bin Nichtraucher. Es stört mich, wenn mir beim Essen Nikotinqualm den Geschmack verdirbt. Es stört mich aber noch mehr, wenn der Staat meint, alles regeln zu müssen.

Umfragen wollen uns weismachen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung für ein Rauchverbot in Gaststätten ist. Für Gastwirte bietet sich hier doch eine interessante Marktlücke. Aber wo sind die Nichtraucherkeine?

Natürlich, Rauchen ist ungesund, Passivrauchen auch. Aber es wird niemand gezwungen, eine Gaststätte aufzusuchen, in der der Wirt sich entschieden hat, seinen Gästen das Rauchen zu erlauben, und in der auch die Nichtraucher akzeptieren, dass andere Menschen eben beim Rauchen Genuss empfinden.

Biertrinken ist auch ungesund, ebenso fettes Essen oder Bewegungslosigkeit. Brauchen wir deshalb noch mehr Verbote und Vorschriften? Wenn Menschen den Genuss der Askese vorziehen, ist es nicht Sache des Staates, sondern des Gastwirts und seiner Gäste, ob sie das tolerieren.

Im Übrigen hat sich ja mittlerweile herausgestellt, dass eine entsprechende Regelung nicht Bundes- sondern Ländersache wäre. Bleibt zu hoffen, dass der Senat sich hier mit der Regulierung mal zurückhält. Wir haben schon genug Bürokratie.

Liberaler Unternehmer in Mitte: Gerd-Jürgen Golze (OV Tiergarten)



Gerd-Jürgen Golze ist Inhaber eines Metalllabors, mittelständischer Unternehmer, studierter Politologe und Urberliner. Er wurde am 19.07.1957 in Charlottenburg geboren und wuchs in Tiergarten auf, wo er heute wegen der Einmaligkeit dieser grünen Oase auch lebt. Mitglied der FDP in Mitte (OV Tiergarten) ist er seit Mai dieses Jahres. Ausschlag gab für ihn unsere Forderung nach Einführung eines Bürgergeldes. Dies wäre nach seinen Erfahrungen als Unternehmer ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit und steht deshalb gleichzeitig im Einklang mit seinen politischen Idealen. Er weiß genau, dass trotz aller Unkenrufe von links bis rechts nur die ökonomische Stärke unseres Landes die Basis für mehr ökonomische Freiheit und damit die Chancen auf mehr Wohlstand für alle bietet. Gesundheitsreform und Unternehmensteuerreform müssen im Gegensatz zu den Regierungsplänen ein deutliches Plus an Eigenverantwortung für jeden bringen.

Termine

Dezember 2006

- 09.12 10.00h BV Mitte: **Stand mit Unterschriftenaktion** – Unterstützung eines Bürgerentscheides zum Erhalt des Flughafens Tempelhof – Schiffbauerdamm Ecke Albrechtstrasse – in drei Schichten 10-12, 12-14 und 14-16 Uhr – Anmeldung bei arno@schoedl.org
- 10.12 19.00h OV Wedding: **Stammtisch (weihnachtlich)** im Deichgraf (Nordufer 10) – Gäste sind gebeten, ein kleines verpacktes Geschenk mitzubringen
- 11.12 19.30h Liberale Frauen Berlin: **Weihnachtsfeier** im Cum laude (Universitätsstr. 4)
- 12.12 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** im Oleo Pazzo, Marriott Hotel Courtyard-Mitte (Axel-Springer-Str. 55), Anmeldung unter ps-liberta@gmx.de
- 12.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14.12 FNSt: **Podiumsdiskussion** „Nach dem Verfassungsgerichtsurteil: Braucht Berlin eine neue Bibliotheksstruktur für die Bezirke?“ – in den Reinhardtstraßenhöfen (Reinhardtstr. 14) – Info bei Jeannette.Hassenmeier@fnst.org
- 16.12 10.00h BV Mitte: **Stand mit Unterschriftenaktion** – Unterstützung eines Bürgerentscheides zum Erhalt des Flughafens Tempelhof – Schiffbauerdamm Ecke Albrechtstrasse – in drei Schichten 10-12, 12-14 und 14-16 Uhr – Anmeldung bei arno@schoedl.org
- 16.12 18.30h JuLis Berlin: **Weihnachtsfeier** im ‚ici‘ (Auguststr. 6)
- 17.12 14.00h OV Tiergarten: **Weihnachtsfeier** – Erkundungstour durch Tiergarten unter Führung von Frau Charis Wegener, Treffpunkt vor dem ‚Gang und Gäbe‘ (Helgoländer Ufer 7) – ab 16.00h eigentliche Weihnachtsfeier im ‚Gang und Gäbe‘
- 21.12 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal

Januar 2007

- 02.01 19.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Via Nova (Universitätsstr. 2-3a)
- 09.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 09.01 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – Info unter www.fdp-berlin.de
- 10.01 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 18.01 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 23.01 19.00h OV Gendarmenmarkt: **Jahreshauptversammlung** – u.a. Wahl des Ortsvorstandes und der Delegierten zum BA und zum LPT – im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 27.01 JuLis Berlin: **Landeskongress** – Info unter www.julis-berlin.de/termine.php
- 28.01 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Februar 2007

- 01.02 19.00h OV Wilhelmstadt: **Jahreshauptversammlung** – u.a. Wahl des Ortsvorstandes und der Delegierten zum BA und zum LPT – im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.